

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

5.9.1932 (No. 207)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. R.:
G. H. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen zusätzlicher Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Einstellung und Kontostopfen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anrufer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der neue Wirtschaftsplan Zwei Verordnungen

Das Reichskabinett hat am Samstag das vom Reichszentraler in Münster angekündigte Wirtschaftsprogramm fertiggestellt. Es besteht aus zwei Verordnungen. Die Hauptverordnung muß vom Reichspräsidenten unterschrieben werden. Sie wird am heutigen Montagabend programmäßig der Presse für die Diensttagestellungen übergeben werden.

Diese Verordnung enthält die Ermächtigung zu den angekündigten Maßnahmen, die die Wirtschaft wieder vorwärts-treiben sollen. Das Kernstück ist in den Steueranordnungen zu sehen. Es bleibt bei der vorgesehenen Höhe von 1500 und 700 Millionen, im ganzen also 2,2 Milliarden Reichsmark. Dieser Teil der neuen Maßnahmen tritt nach der Verordnung am 1. Oktober in Kraft; inzwischen werden Durchführungsbestimmungen ausgearbeitet werden, die den Zweck haben, eine geordnete Lösung des Problems in der Praxis sicherzustellen und Mißbrauch oder sonstige Schwierigkeiten auszuschließen, von denen in der Öffentlichkeit bereits die Rede war. Das gilt insbesondere für die Verteilung der Prämien bei Mehrbeschäftigung von Arbeitern. Außer der korrekten Handhabung bei der Verteilung spielt auch die Frage eine Rolle, wie ein unfauler Wettbewerb vermieden wird. Schon aus diesen Anzeichen ergibt sich, daß die Durchführung sehr sorgfältig vorbereitet werden muß. Daraus ist zu erklären, daß die Inkraftsetzung dieser Maßnahme erst zum 1. Oktober erfolgt.

Die zweite Verordnung enthält die Neuregelung des Tarifwesens in dem ebenfalls vom Reichszentraler bereits angekündigten Sinne, indem sie durch die Zulassung von Abweichungen von geltenden Tarifen bedrohte Betriebe vor dem Erliegen schützen und damit einem weiteren Anwachsen der Arbeitslosigkeit vorbeugen will. Dabei geht die Reichsregierung davon aus, daß Willkür und Vorwände zur Umgehung der Tarife ausgeschlossen werden sollten. Deshalb ist als letzte Instanz der Schlichter eingeschaltet. Wenn also zwischen Unternehmer und Belegschaft eines Betriebes eine Einigung nicht möglich ist, so liegt bei einer staatlichen neutralen Stelle, dem Schlichter, die letzte Entscheidung. Dieser selbst bietet nach Ansicht unterrichteter Kreise die Gewähr für eine sinnvolle und ordentliche Anwendung.

Zum ändern sollen aber auch künftige Tarife durch eine gewisse Vereinfachung auf diese elastischere Tarifpolitik abgestellt werden. Auch dazu enthält diese Verordnung die Handhabe. Sie wird übrigens nicht vom Reichspräsidenten unterschrieben, sondern es genügt, da die grundsätzlichen Ermächtigungen bereits in der ersten Verordnung enthalten sind, die Unterschrift des Reichszentralers und der drei beteiligten Ressortminister. Diese Verordnung tritt bereits am 15. September in Kraft. Es ist anzunehmen, daß im Laufe der kommenden Woche auch hierzu noch Ausführungsbestimmungen erlassen und daß auch den Schlichtern Anweisungen über die Einzelheiten erteilt werden.

Der Sinn der beiden Verordnungen ist, daß die von der Reichsregierung angestrebte Belebung der Wirtschaft von zwei verschiedenen Seiten her unterstützt werden soll. Dem Unternehmer wird ein größerer Anreiz zu härterer Betätigung gegeben; aber gleichzeitig will die Reichsregierung auch das Tarifwesen als solches und als Ganzes durch eine Anpassung an die Notwendigkeiten der Wirtschaft erhalten.

Um die Öffentlichkeit in diesem Sinne aufzuklären, werden die beteiligten Minister Anfang dieser Woche neben der Unterrichtung der Presse auch im Rundfunk erklärende Vorträge halten und damit den großen Maßnahmen aufstellen, den der Reichszentraler in seiner Münsterschen Rede gegeben hat.

Die Rechtsgrundlage der Steuergutscheine

Amtlich wird aus Berlin mitgeteilt: In einem Teil der Presse ist die Behauptung aufgestellt, daß die Herausgabe von Steuergutscheinen im Hinblick auf Art. 48 der Reichsverfassung nur auf Grund eines Reichsgesetzes erfolgen könne. Hierzu ist zu bemerken, daß die Steuergutscheine, die bei der Zahlung gewisser fälliger Steuern und bei der Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern auszugeben werden, nicht dazu dienen, dem Reiche Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen. Sie sind keine Kreditverschreibungen des Reiches, sondern Gutscheine, die bei späterer Steuerzahlung zur Anrechnung gebracht werden. Die Reichsregierung bedarf daher zu ihrer Ausgabe keiner Kreditermächtigung. Sie hätte übrigens z. B. auf Grund des sogenannten Schuldentilgungsgesetzes vom 12. Mai 1932 genügend Kreditermächtigungen zur Verfügung, um auch Schuldverschreibungen auszugeben. Da es sich um keine Kreditverschreibung handelt, kommt auch eine Zurückverfügung von Einkünften, die späterhin in den Etat eingestellt werden müßten, nicht in Betracht. Schon aus diesem Grunde sind die in der Presse gezogenen Schlussfolgerungen nicht zutreffend. Im Wege der Rechtsverordnung, die Befehlskraft hat,

Letzte Nachrichten

Die Wirtschaftsverordnung

„Verordnung zur Belebung der Wirtschaft“

BRN, Berlin, 5. Sept. (Priv.-Tel.) Die das Conti-Nachrichtenbüro erfährt, trägt die Verordnung, die nach der Unterschrift durch den Reichspräsidenten heute abend der Öffentlichkeit übergeben wird, den Titel „Verordnung zur Belebung der Wirtschaft“. Sie ist in vier folgende große Abschnitte gegliedert:

- I. Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft.
- II. Sozialpolitische Maßnahmen.
- III. Kreditpolitische Maßnahmen.
- IV. Finanzpolitische Maßnahmen.

Dazu kommt dann noch die zweite Verordnung, die nicht vom Reichspräsidenten, sondern von der Reichsregierung erlassen wird. Sie enthält vor allem die Regelung der tarifpolitischen Fragen und hat mehr den Charakter einer Durchführungsverordnung zu den Ermächtigungen, die der Reichspräsident der Reichsregierung in seiner Verordnung gibt.

Neue Reichsbahnaufträge

Auf Grund des Regierungsprogramms

BRN, Berlin, 5. Sept. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, wird in der Ende dieses Monats stattfindenden Verwaltungsratsitzung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft auf Grund der nach dem Regierungsprogramm ausgegebenen Steueranordnungen erörtert werden. Die Beförderungssteuer dürfte bei der Reichsbahn unter Berücksichtigung des Verkehrsrückganges in diesem Jahre etwa 190 Mill. RM. betragen. Die Reichsbahnverwaltung beschäftigt, in demselben Umfang, in dem sie sich auf Grund der hierfür gewährten Steuererlässe liquide Mittel verschaffen kann, neue über das bisherige Programm ausgehende Bestellungen zu vergeben.

Uberschwemmungen in der Nordmandschurei

BRN, London, 5. Sept. (Tel.) Die „Daily Telegraph“ aus London meldet, sind infolge großer Überschwemmungen in der nördlichen Mandschurei mehr als eine Million Menschen in Verzweiflung. Lebensmittel, Kleidung und Unterkunft würden dringend benötigt. Flieger, die die betroffenen Strecken überfliegen haben, beschreiben sie als große Seen, aus denen die Gipfel der Hügel hervorragen. Viele der heimgekehrten Einwohner haben das Nahrungsmittel ergötzt. Der Premierminister hat beschlossen, einen Aufruf um Hilfe an die ganze Welt zu richten.

Die kommende Völkerbundstagung

Der Generalsekretär des Völkerbundes überbrachte den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes das provisorische Verhandlungsprogramm der 68. Völkerbundstags-Sitzung, die am Freitag, den 23. September, in Genf eröffnet werden wird. Die Hauptpunkte, die zur Verhandlung kommen werden, sind u. a.: Der Bericht der Anton-Kommission, die zur Untersuchung der mandchurischen Ereignisse nach China abgeordnet wurde, der Bericht des Ausschusses zum Studium der öffentlichen Arbeiten von internationaler Bedeutung, der Bericht über die Finanzlage Griechenlands und das Unterstützungsgebot der rumänischen Regierung betr. die Finanzlage Rumaniens. Ferner wird dem Rat voraussichtlich ein Bericht des Organisationsausschusses für die Weltwirtschaftskonferenz vorgelegt werden. Endlich wird sich der Rat mit dem Problem des Mindesterwerbs zu befassen haben.

Bolivien lehnt Einstellung der Mobilmachung ab. Bolivien hat den neutralen Mächten mitgeteilt, daß es die Einstellung der Mobilmachung ablehne. Die Truppenbewegungen nehmen, wie gemeldet wird, ihren Fortgang.

Können Steuererhöhungen auch für die Zukunft vorgenommen werden, ohne daß dadurch die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags berührt werden.

Rontgenisierung der Einfuhr und Entlastung bei der Grundsteuer

Hugenberg hatte ein Schreiben an den Reichszentraler gerichtet, worin er eine Ergänzung des Münsterschen Programms des Reichszentralers als wünschenswert bezeichnet und einige Vorschläge unterbreitet. Aus der Antwort des Reichszentralers erfährt man, daß sich im Grundgesetz die Reichsregierung für die Anwendung von Röntgenen entschieden hat, soweit die Verhandlungslage das zuläßt. Zu ihrer Durchführung bedarf es neuer Vorschriften, auch sind die diesbezüglichen Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen. Die Reichsregierung hat ferner über das zunächst beabsichtigte Maß hinaus beschlossen, dem Reichspräsidenten eine Entlastung von der Grundsteuer durch Steuergutscheine in Höhe von 40 vom Hundert des Steuerbetrages vorzuschlagen. Das Reichskabinett sei sich klar darüber, daß die Rettung der Landwirtschaft eine deutsche Lebensfrage ist.

Die Preisbewegung

im 1. Halbjahr 1932

Am Jahresbeginn wirkten sich die auf eine allgemeine Senkung des Preisniveaus gerichteten Bestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 in einem verstärkten Rückgang der Großhandelspreise aus. Die Gesamtindexziffer der Großhandelspreise erreichte im Januar mit 100,0 erstmalig wieder den Stand des Jahres 1913. Dabei lagen bei Jahresbeginn die Preise der Rohstoffe, und zwar sowohl der landwirtschaftlichen wie der industriellen, auf etwas über 90 v. H. des Standes von 1913, den beide Gruppen bereits im Herbst 1931 unterschritten hatten. Die Rohstoffpreise haben damit einen Stand erreicht, der dem Preisstand während des letzten vor dem Kriege verzeichneten konjunkturellen Tiefstandes (1910) entspricht. Die Preise der Fertigfabrikate und die Lebenshaltungskosten sind infolge der geringeren Beweglichkeit der Fabrikations- und Verteilungskosten weniger stark zurückgegangen als die Rohstoffpreise. Beide lagen zu Anfang des Jahres 1932 um rund 25 v. H. über dem letzten Vorkriegsstand.

Im Laufe des Jahres ist das Preisniveau nach einer kleinen Unterbrechung im Frühjahr, die hauptsächlich saisonmäßig (Getreidepreise, Frühjahrseindeckung einiger rohstoffverarbeitender Industrien) bedingt war, langsam aber stetig weiter gesunken. Im einzelnen haben sich, wie einer Darstellung des Statistischen Reichsamts in „Wirtschaft und Statistik“ (12. Jahrg. Nr. 14) zu entnehmen ist, neben den Preisen der industriellen Rohstoffe besonders auch die Preise der Fertigerzeugnisse gesenkt, und zwar war der Rückgang der Fertigwarenpreise im letzten Halbjahr stärker als die Senkung der Rohstoffpreise. Dies erklärt sich daraus, daß die durch die Notverordnung bewirkte Kostenentlastung (Löhne, Zinsen) sich in den Preisen der Fabrikate später als in den Rohstoffpreisen auswirkte. Neben diesen Einflüssen von der Kostenseite her standen die Fertigwarenpreise auch von seiten der Nachfrage infolge der weiteren Einkommensminderung unter starkem Druck. Dies gilt insbesondere für die Preise der Konsumgüter (Hausrat und Kleidung), die seit Januar um 7,6 v. H. gefallen sind. Die Gesamtindexziffer der Großhandelspreise ist im Juli 1932 um rund 33,5 v. H. niedriger als im Juli 1929; gegenüber Juli 1931 beträgt die Abnahme 14,1 v. H.

Im Gegensatz zu den Preisen der Industriewaren haben die Agrarstoffe ihren Preisstand vom Januar bis Juni etwa behauptet. Das Preisverhältnis zwischen Industriewaren und Agrarstoffen, das im Dezember 1931 einen Tiefstand der Kaufkraft landwirtschaftlicher Erzeugnisse anzeigte (Indexziffer der Agrarstoffe 86,2 v. H. der Indexziffer der Industriestoffe, 1913 = 100), hat sich im 1. Halbjahr 1932 wieder gebessert (92,4). Im einzelnen haben sich unter den pflanzlichen Nahrungsmitteln seit Anfang des Jahres die Preise für Weizen, Kartoffelstärke und Zucker erhöht, während die Preise für Roggen und Kartoffeln zurückgegangen sind. Einer im Durchschnitt leichten Steigerung der Indexziffer für pflanzliche Nahrungsmittel steht ein Rückgang der Indexziffer für Vieherzeugnisse gegenüber. Niedriger als zum Jahresbeginn lagen die Preise für Eier (saisonmäßig) sowie für Schmalz und Speck; erhöht hat sich der Preis für Butter (Vollschug). Die Indexziffern für Schlachtvieh und Futtermittel haben sich gegenüber Januar kaum verändert. In der letzten Zeit weisen die Getreide- und Butterpreise wieder eine rückläufige Bewegung auf.

Unter den industriellen Rohstoffen wirkte sich besonders der weitere scharfe Rückgang der Weltmarktpreise für Nichteisenmetalle, Textilrohstoffe, Gänze und Felle, Treibstoffe, Leinöl und Palmöl aus. Die überwiegend weltmarktbestimmten Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren sind seit Anfang des Jahres durchschnittlich um 12 v. H. gesunken, während die überwiegend inländisch bestimmten Preise nach dem vorangegangenen beträchtlichen Abbau (durch Notverordnung) nur um 3,7 v. H. zurückgegangen sind. Zum Teil sind diese Rückgänge überdies saisonmäßig (Sommerabatte für Hausbrandkohle und Düngemittel). Gesunken sind weiter die Preise für eine Reihe von Chemikalien, für Holzstoff, Papier und Bauholz sowie für Mauersteine. In der Indexziffer für Baukosten wirkte sich neben den Rück-

gängen der Baustoffpreise auch die Herabsetzung der Tariflöhne für Bauarbeiter (um 10—12 v. H.) aus.

Die gebundenen Preise haben seit ihrer Herabsetzung durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 im allgemeinen keine Veränderungen erfahren. Die Bestimmung der Notverordnung, nach der die gebundenen Preise gegenüber dem Stand vom 30. Juni 1931 bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 v. H. zu senken waren, ist am 30. Juni 1932 außer Kraft getreten. Von der hierdurch gegebenen Möglichkeit, die gebundenen Preise wieder zu erhöhen, ist bei dem inzwischen eingetretenen weiteren Rückgang des Preisniveaus kein Gebrauch gemacht worden. Von den Preisen der industriellen Fertigwaren sind unter den Produktionsmitteln die für landwirtschaftliches Inventar (Mähdrescher, Wagen und Karren, allgemeine Wirtschaftsgüter) seit Januar im Durchschnitt um 5 v. H. gesunken. Von den Konsumgütern haben die Preise für Möbel um 8,6 und die Preise für Kleidung (einschl. Schuhzeug) um 7,5 v. H. nachgegeben. Die Einzelhandelspreise für Bekleidung sind in der gleichen Zeit um 5,2 v. H. zurückgegangen.

Wie die Großhandelspreise, so haben auch die Preise im Kleinhandel und für sonstige wichtige Bedarfsgegenstände sowie die Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren einen erheblichen Rückgang erfahren. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf: Verkehr, Reinigung und Körperpflege, Bildung und Unterhaltung) hat sich vom Januar 1932 bis Juli 1932 zwar nur um 2,5 v. H. gesenkt, gegen Juli 1931 beträgt die Abnahme aber 11,6, gegen Juli 1930: 18,6, und gegen Juli 1929: 21,3 v. H.

Ch r l e r.

Viereinhalb Monate Gerichtsverhandlungen umsonst

In Berlin ist der sog. „Felsen-Verfahren“ aufgeflogen, und zwar durch die Selbstablehnung seines Vorsitzenden, des Landgerichtsdirektors Vobe, und des Berichterstatters, Landgerichtsrat Kuhlmann. Der ganze kostspielige Monstreprozeß, der unter dem Akronym „Adam und Genossen“ schon am 20. April 1932 begann und bisher 4½ Monate gedauert hatte, ist deshalb völlig umsonst geführt worden. Der ganze Fall, das gerichtliche Nachspiel der blutigen Vorgänge in der Kolonie „Felsen“ im Januar 1932 muß nun neu aufgerollt werden. Die Anklage richtet sich gegen 24 Angeklagte, von denen sechs Nationalsozialisten und 18 Kommunisten sind. 14 Angeklagte, und zwar vier Rechts- und 10 Linksradikale, befinden sich seit annähernd acht Monaten in Untersuchungshaft. Die Verhandlung war ungewöhnlich reich an Zwischenfällen, deren wichtigster der kürzlich erfolgte Ausschluß des kommunistischen Verteidigers Dr. Eitzen war. Die Kosten, die bisher schon entstanden sind, dürften sich bei annähernd 80 Verhandlungstagen mit Einschluß der Zeugengebühren auf rund 50 000 M belaufen.

Kommunistische Störungsversuche am Berliner Stahlhelmtag. Die Kommunisten unternahmen in den Abendstunden des Sonntags vereinzelt Gegenkundgebungen gegen den Stahlhelm, die aber von der Polizei überall im Reime erstickt werden konnten. An einer Stelle warf ein Kommunist einen Feuerwerkskörper in einen marschierenden Stahlhelmszug. Verletzt wurde niemand. Insgesamt wurden etwa 12 Personen festgenommen.

Städt. Kommerthaus Karlsruher

„Die Dubarry“

In die große Riste berühmter Frauen, die ihrer mehr oder minder verdienten Bergehenheit schon durch eifrige Bühnenauftritte entziffert wurde, ist nun auch „Die Dubarry“ aufgerückt. Paul Knepler und J. M. Bellemis haben den äußeren Hergang der Handlung leidlich sogar der wirklichen Historie angenähert; die Skizzierung der Szenen — namentlich an den Wendepunkten — ist nicht ungefehlt, wenn auch natürlich nach einem Klischee gefertigt, das mitunter dem geschichtlichen Verlauf der Karriere doch einige Gewalt antut. Aber dadurch haben die neun Bilder, in die das Ganze zerfällt, immerhin wenigstens einen kostümlich echten Anstrich erhalten, obwohl es bei einer oberhin gesehenen Ballade verbleibt. Musikalisch wirkt sich das insofern bedenklicher aus, als aus den verschiedenen aufgezeigten Stationen (im Parkmageralon, in Sauterelles Schenke, beim Grafen Dubarry und zuletzt in königlich Versailles Gefilden) leider keine wirkliche Operettenbühne herauspringt, sondern höchstens eine Bombenrolle, die trotz der Affektuosität Millarders von Theo Madeben für einen ausgesprochenen Star zugeschnitten ward.

Den hatte nun die hiesige Erstaufführung — vielleicht entgegen ursprünglicher Absichten — nicht einzusehen, und daran frunkte wohl auch etwas der Premièrereiz. Trotz alledem war es aber gewiß nicht ausschließlich die Schuld von Ida Bauer, die in der Hauptrolle wieder ihr Bestes gab, daß das historische Vorbild ein bißchen langweilt, daß nicht einmal das im eigentlichen Sinne mit aufgelegte menschliche Motiv stärker faszinierte. Es rächt es sich eben, wenn ein historischer Name nur als Etikett gebraucht wird, das in einer durchschnittlichen, wenn auch guten Bühnenbearbeitung weber zeigen noch liden kann. Das Gleiche trifft übrigens für alle anderen Mitwirkenden ebenfalls zu, nicht nur, weil sie auf markantere geschichtliche Konturen von vornherein verzichten müssen, sondern weil sie auch der für Operettensänger unumgänglichen Zutaten so ziemlich entbehren. Wenn wir gleichwohl die Partnereihaft eines Gaid Toriff, eines Karlheinz Pfister und unter vielen noch einer Adele Oberl oder eines Otto Schmitz rühmend hervorheben, so ist das deren persönliches Verdienst, wie es auch eine Anerkennung für die allerdings in gewohnten Gleisen sich bewegendes Regieführung von Viktor Bruschka bleibt, daß die Aufmerksamkeit stets wieder auf die Titelpartie hingelenkt wurde. Sympathisch mühte sich des weiteren Kurt Stern um den mitunter recht diskreten Orchesterparten Teil, ohne freilich zusammen mit den insgesamt geschmackvollen Bühnenbildern Torsten Sedts den erwarteten Niesenerfolg erzwingen zu können. Denn auch das Publikum hatte gleich nach den ersten Bildern wohl gemerkt, daß ihm da ein Amittendring vorgeführt wurde, wie es sich heute zwar leicht an laufenden Balladen herstellen läßt, das aber die ureigensten Gehebe wahrer Operettensinf — sie ist beileibe kein Reductheater! — gründlich verleiht. S. Sch.

Der Abschluß des Katholikentages

Dr. Brauns zur Arbeitslosigkeit

Die Teilnehmer des Katholikentages in Essen veranstalteten am Samstag große Fackelzüge, die allerdings unter Regen litten.

Bei wolkenlosem Himmel wurde Sonntag früh der Festgottesdienst abgehalten. Der große Festplatz, der für 160 000 Menschen vorbereitet war, war bis auf den letzten Platz besetzt. Kardinal Schulte hielt die Festpredigt, worauf der päpstliche Nuntius unter Assistenz zweier Bischöfe das Messopfer darbrachte.

Auf der großen Schlusssitzung, unter Leitung des Präsidenten Dr. Baumgartner, sprachen der österreichische Justizminister, Dr. von Schuschnigg, und der ehemalige Reichsarbeitsminister, Dr. Brauns, über „Christi Auferstehung in der Großstadt“. Dr. Brauns stellte die Frage: Sind wir in der Lage, einen Ausweg zu weisen aus den gegenwärtigen Katastrophalen Wägen der kapitalistischen Ara, einen Ausweg aus der Strukturkrise dieser Epoche, der, auf deutsche Verhältnisse angewendet, sechs Millionen Menschen wieder Arbeit und Brot verschafft? Nach der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Seite kann es nur eine Verkündigung der Bitterkeit sein. Dann müssen wir einem beträchtlichen Teil der Lohnarbeiter neben der Lohnarbeit auch andere Quellen für seinen Lebensunterhalt verschaffen. Es geht auf dem Wege der inneren Kolonisation in ihren vielgestaltigen Formen, und dann ist es selbstverständlich, daß die fortgeschrittene Mechanisierung der Arbeit und die beschriebene strukturelle Veränderung unserer Wirtschaft auch eine aller Reaktion abholde Anpassung der Sozialversicherung und des Arbeitsrechtes an die neue Lage fordert.

Danach erteilte Nuntius Orsenigo nach einer Ansprache den päpstlichen Segen. Darauf schloß der Präsident die Versammlung, die mit dem Te deum ausklang.

Katholische Landwirte-, Arbeiter- und Beamten-Kundgebungen

Sonntag veranstalteten die katholischen Bauern eine Kundgebung, deren Vorsitzender, Reichsminister a. D. Hermes, die Landwirte ermahnte, sich nicht für so arm zu halten, daß sie ihren leidenden Volksgenossen nicht noch irgend etwas Gutes tun könnten. Er begrüßte besonders den österreichischen Bundeskanzler und Landwirtschaftsminister, Dr. Dollfuß, und den bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Gels. Dr. Dollfuß sprach dann über die Verbundenheit der österreichischen und deutschen Bauern und über die Ursachen der Krise, unter der die Landwirtschaft in allen Ländern leidet. Darauf wurde eine Entschließung gefaßt, die u. a. durchgreifende grundsätzliche Maßnahmen zur Besserung der Lage der Landwirtschaft fordert.

Auch die katholischen Arbeiter- und Knappenvereine veranstalteten eine Kundgebung, bei der Erzbischof Dr. Gröber Freiburg, die Festansprache hielt.

Schließlich hatten auch die katholischen Beamtenverbände eine Kundgebung veranstaltet.

Eine Rede des Freiburger Erzbischofs

Bei einer öffentlichen Versammlung der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine sprach u. a. Erzbischof Dr. Gröber, Freiburg, als Festredner über das Thema: Die Sendung der katholischen Arbeiterschaft in der Gegenwart. Er erklärte u. a., die Politik steifend: Die Erfahrung werde jene abseits stehenden Männer belehren, daß nur jener uns frei mache, der uns innerlich befreie. Das sei christliche Wahrheit. Wer den deutschen Boden mit Bruderblut bestede und das deutsche Volk bis hart an den Rand des Bürgerkrieges verhebe, der zerstöre damit die letzten Reste deutscher Größe und Würde. Die Ursache der Arbeitslosigkeit komme nicht bloß von Kriege, sie stamme auch nicht von der Überfüllung der Erde, die Arbeitslosigkeit erwache aus dem Materialismus der Menschen, aus der rückwärtslosen Industrialisierung und aus der Tyrannei der Maschine. Den Arbeitslosen müsse man sagen; ihr habt ein Recht auf Arbeit und damit auch auf staatliche Unterstützung und Fürsorge, wenn es ohne eure Schuld an Arbeitslosigkeit fehlt. Der katholische Arbeiter wolle die Wirtschaft nicht ruinieren oder die Lebensfähigkeit der Unternehmungen unterwühlen, weil sie mit solchen Methoden sich selber ruinieren würde. Sobald die soziale Gerechtigkeit herrsche, sei zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgeberern der Friede verbürgt.

Kleine Chronik

Der Hamburger Schoner „Alar Gise“ ist in der Nähe des Feuereschiffes Soesta Björn gesunken. Vier Mann der Besatzung wurden gerettet, vier, unter ihnen der Kapitän, ertranken.

Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Kantonal Schwurgericht in Zürich den 28 Jahre alten Hermann Böser aus Freiburg i. Br. wegen Totschlags zu sechs Jahren Zuchthaus, seinen Bruder Otto wegen schweren Diebstahls zu vier Jahren Zuchthaus.

Der bekannte „Bunderdoktor“ Zeileis aus Gollspach (Österreich) erkrankte in der Nähe von Ronfalcone (Italien) einen schweren Kraftwagenunfall. Infolge Veragens der Bremsen stürzte der Wagen über eine 50 Meter hohe Böschung ab. Die Gattin Dr. Zeileis, eine geborene Richter, Mittergutsbesitzerin, Tochter aus Petersdorf bei Frankfurt a. M., blieb mit einem Schädelbruch tot liegen, während Dr. Zeileis nur leicht verletzt wurde.

Sämtliche Schulen in Mecklenburg-Strelitz sind wegen spinaler Kinderlähmung bis zum 18. September geschlossen worden.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat auf seiner Heimreise am Sonntag um 16 Uhr auf 27 Grad West die Höhe der Kapverdischen Inseln passiert.

Der deutsche Weltflieger v. Gronau ist am Sonntag um 19.33 Uhr (Lokaler Ortzeit) in Tokio eingetroffen. Er wird sich in Tokio eine Woche aufhalten, um dann seinen Weltumrundung fortzusetzen.

Der amerikanische Fliegerleutnant Doolittle, der vor einigen Tagen enorme Durchschnittsgeschwindigkeiten mit einem Langflugzeug erzielte, mußte seinen Weltrekordversuch wiederholen, da er mit unvorhersagbar hohem Barographen gesunken war, so daß sein Rekord von 471 Stundenkilometer keine Anerkennung finden konnte. Auf diesem neuen Flug erreichte Doolittle heute sogar 476,815 Stundenkilometer, nachdem er tags zuvor schon über eine kürzere Strecke auf 488 Stundenkilometer gekommen war.

Nach einem Bericht des Landboots von Südgrönland ist Leutnant Gutshinon mit seiner Familie in der Kolonie Godthaab im Hydraplän aus Spedale auf Labrador kommend, eingetroffen. Gutshinon beabsichtigt, seinen Flug baldmöglichst quer über das Inlandeis nach Angmagalik und danach über Island und die Färder nach Großbritannien fortzusetzen.

Stahlhelmtag in Berlin

Kundgebungen für den Reichspräsidenten und den Reichskanzler

Berlin stand am Sonntag ganz im Zeichen des Stahlhelms. Seit 5 Uhr früh marschieren die einzelnen Kolonnen zur großen Kundgebung nach dem Tempelhofer Feld. Gegen 10 Uhr war der Aufmarsch beendet und weit über die gemeldete Zahl, nach der Berechnung der Bundesleitung 195 000 Mann, hatten in vier großen Treffen nach den 23 Landesverbänden und Gauen Aufstellung genommen. In der Nähe des Rednerpultes standen die Abordnungen der Saarländer, der Südtiroler und der Danziger. Die Massen der Stahlhelmer mit etwa 6000 Fahnen waren aus allen Gauen Deutschlands nach Berlin gekommen. Unter den Ehrengästen befanden sich die Reichsminister v. Gahl, von Neurath, von Brauns, von Schweitzer, Reichswehrminister von Schleicher, Dr. Brauns, ferner waren zugegen der ehemalige Kronprinz mit Gemahlin, Fürst von Hohenzollern, Major Papst Fürst Starbemberg und viele hohe Offiziere der alten Armee und Marine.

Die Bundesleitung fuhr im Kraftwagen unter den Klängen des Präsentiermarsches und des Deutschlandliedes die Front ab. Ihnen folgte begeistert begrüßt, der greise Generalfeldmarschall von Madenien. Nach während der Bundesleitung die Fronten abfuhr, betrat Reichskanzler von Papen den Ehrenplatz. Er wurde bereits im Vestibül des Flughafens erkannt, und begeistert Frontheilrufe begleiteten ihn. Der erste Bundesführer, Selbte, führte aus: Der Stahlhelm ist keine Partei, er kämpft nicht für sich, sondern für Deutschland. Er fordert nicht die staatliche Macht, sondern den mächtvollen Staat, den Staat, unter dem das ganze Deutschland in freier, friedlicher Arbeit einer neuen besseren Zeit und Zukunft entgegengehen kann. Zu derselben Stunde erscholl hier in Berlin eine Stimme jenes schrecklichen Habers, brachte es eine Parteibewegung fertig, Zwittertrakt sendend sich an unsere Stahlhelmlameraden zu wenden, mit der Aufforderung, ihre Führer im Stich zu lassen. Im Anschluß an die Rede Selbtes weihte der zweite Bundesführer, Duesterberg, 55 Fahnen. Danach begann der Vorbeimarsch, der sich mehrere Stunden lang hinzog.

Die Bundesführer des Stahlhelms haben folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten gerichtet: „Die in Berlin aufmarschierenden Stahlhelmlameraden entbieten durch uns ihrem hochverehrten Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall die ehrerbietigsten und herzlichsten Grüße. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, gelobt dem Herrn Reichspräsidenten seine treue Gefolgschaft für seine Staatsführung, die die innere und äußere Freiheit des deutschen Volkes erkämpfen wird. Frontheil!“

gez. Franz Selbte, Duesterberg.

Der Reichspräsident hat folgende Antwort gefaßt:

„Den zum 13. Reichsfrontsoldatentag versammelten Kameraden vom Stahlhelm danke ich bestens für das Gelöbniß treuer Gefolgschaft und für die überlieferten Grüße. Diese in kameradschaftlicher Befinnung erwidern, übermittle ich dem Bunde, daß der Geist der Schicksalsverbundenheit und Befähigung aller Volksteile Weisheit und Kraft nach innen und nach außen und damit unserem Vaterland eine Stellung geben möge, wie sie ihm gebührt.“

gez. von Hindenburg, Reichspräsident.“

Süddeutscher Demokratentag

Süddeutschlands Anspruch auf Führung

Süddeutsche Demokraten aus Württemberg, Baden und Bayern waren am Sonntag der Einladung der württembergischen Landespartei nach Tübingen zu einem süddeutschen Demokratentag gefolgt. Auf der Vertreterversammlung am Vormittag wurde von allen Rednern der feste Wille zur Weiterarbeit im Rahmen der demokratischen Partei bezeugt.

Dann sprach der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Raier, der den Anspruch Süddeutschlands auf Führung im Reich erhob. Der Redner betonte, daß Süddeutschland den Beruf zur Führung im Reich habe, weil es mit seinem älteren Verfassungsleben, seiner gesellschaftlichen Schichtung und seinem wirtschaftlichen Aufbau seit jeher die Grundlage einer volkswirtschaftlichen Demokratie im höheren Maße besitze als der Norden. Die Begabung Preußens liege ausgesprochen im Militärpolitischen, im Zivilpolitischen habe es oft eine unglückliche Hand bewiesen. Es neige dazu, Innenpolitik mit den handfesten Grundfragen der Feldbistatistik zu machen. Wir bilden uns mit Recht ein, so sagte der Minister, daß durch entstehende Konflikte in dieser peinlichen Häufung nicht passieren dürfen. Wir kämpfen für die Demokratie in Deutschland, weil wir das deutsche Volk nicht für so minderwertig halten, daß es sein Haus nicht selbst in Ordnung halten könnte.

Der frühere Reichsfinanzminister Dietrich lehnte die augenblickliche Präsidialregierung ab, da sie innenpolitisch Verwirrung geschaffen habe und außenpolitisch in der Gefahr einer Isolierung sei. Die Ausgabe von 2,2 Milliarden Steueranrechnungsscheinen bezeichnete er als ein kühnes Unternehmen, das ein Abwürgen der Staatspraktik Jahre bedeute und nur dann glücken könne, wenn die Papiere von der Reichsbank, soweit sie überhaupt dorthin kommen, lombardiert werden. Das Zentrum und Nationalsozialisten zu einer Koalition kämen, wäre durchaus wünschenswert.

Zum Schluß wurde ein Entschließung angenommen, in der zum Zusammenbleiben und zum entschlossenen Widerstand gegen eine unheilvolle politische Entwicklung mit unbedingten Endzielen aufgefordert wird.

Eine Rede des Abgeordneten Gollmann

In Köln sprach auf einer Kundgebung der SPD. u. a. der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Gollmann. Die Verhandlungen des Zentrums mit den Nationalsozialisten betrachteten die Sozialdemokraten mit Vorsicht und Mißtrauen. Sollte das Zentrum sich auf die Bahn des Faschismus begeben, so werde die Sozialdemokratie im Kampf keinen Unterschied mehr kennen. Wenn das Wirtschaftsprogramm Papens nicht ordnungsgemäß angenommen werde, so würden die Sozialdemokraten, wenn sie wieder an der Macht wären, die Steuerfrage nicht anerkennen. Der Sozialismus wolle zwar keine Aufrüstung, aber er wolle auch nicht, daß auf irgendeinem Gebiet der Unterschied zwischen Siegern und Besiegten beseitigt werde. Wehrtechnisch sei die Partei auf die Organisationsform der jetzigen Reichswehr durch ihre Rekrutierungsmethoden und ihre lange Dienstzeit nicht festgelegt.

Die 20jährige Amerikanerin Jeanne Ibershoff aus Massachussetts wurde im Fernmaterial in der Nähe der Ortschaft St. Niklaus in der Schweiz ermordet aufgefunden. Ein Raubmord scheint nicht vorzuliegen.

Eine Gruppe von Medizinern hat in Graz dem Vernehmen nach an zahlreichen männlichen Personen Sterilisationen vorgenommen, wobei schwere Kunstfehler vorgekommen sein sollen. Die Polizei hat Verhaftungen vorgenommen. Unter den Opfern befinden sich auch Personen aus Duieburg und anderen Orten des Rheinlandes und Westfalens.

Kurze Nachrichten

Amerikareise Dr. Curtius. Der frühere Reichsaussenminister Dr. Curtius trat am Sonntag eine längere Reise nach Amerika an. Durch Vermittlung des Austauschbüros hat Dr. Curtius etwa 30 Vorträge über außen- und wirtschaftspolitische Fragen übernommen, die er im wesentlichen an amerikanischen Universitäten halten wird. Seine Vortragsreise beginnt in San Francisco und wird evtl. ein Jahr dauern.

Staatsminister a. D. Ewald. In Darmstadt starb 80-jährig der letzte großherzogliche Staatsminister Karl von Ewald, Sohn eines Odonomiers, Er hatte als Kriegsfreiwilliger den Feldzug 1870/71 mitgemacht, und die Rechte studiert und war dann in den belfischen Justizdienst eingetreten. Fast ein Jahrzehnt war er dann als Reichsgerichtsrat in Leipzig tätig, 1905 berief ihn der Großherzog als Justizminister nach Darmstadt. Ewald hat in Hessen eine neue Beamtenbesoldung eingeführt und das Wahlrecht zu beiden Kammern reformiert. Sein einziger Sohn fiel zu Beginn des Weltkrieges.

Der Deutsche Landgemeindetag begrüßt das Regierungsprogramm. Der Gesamtverband des Deutschen Landgemeindetages faßte eine Entschließung, die den erstmaligen weitgehenden Versuch der Reichsregierung, die deutsche Wirtschaft zu beleben und dadurch die untragbare Arbeitslosigkeit zu mildern, begrüßt. Er gibt jedoch der untragbaren Arbeitslosigkeit Ausdruck, daß die notwendige unumgängliche Erweiterung und ein Ausbau im Sinne der von den Landgemeinden aufgestellten Leitlinie für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm erfolgen müsse.

Die Verordnung über die preussische Verwaltungsreform tritt für den größten Teil ihres Inhalts am 1. April 1933 in Kraft. Einige Teile der Verordnung, so beispielsweise über die Zwangsablieferung der Gemeinden, treten schon früher, teilweise am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft.

Die Deutscher Verurteilten ins Zuchthaus eingeliefert. Die fünf durch Beschluß des Staatsministeriums zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten Verurteilten des Sondergerichtes in Deutschen sind nach dem Zuchthaus in Groß-Strehlitz übergeführt worden.

Der Weltfriedenskongress in Wien wurde Sonntagvormittag eröffnet.

Der Kohlenstreik in Belgien. Man rechnet jetzt mit einer Beilegung des belgischen Kohlenarbeiterstreiks, der nunmehr seit acht Wochen andauert. 66,7 Proz. der Arbeitnehmer sind für Annahme des neuen Vermittlungsvorschlages des Arbeitsministers.

Badischer Teil

Deutsche Forstleute

beschäftigen badische Waldungen

Vom 28. Aug. bis 3. Sept. hielt der Deutsche Forstverein in Stuttgart seine Jahresversammlung ab. Sie war besucht von über 600 Forstleuten, darunter zahlreich führenden Forstwirtschaftlern des In- und Auslandes. Zur Erörterung standen vor allem die verschiedenen Systeme der Waldverjüngung und des Waldschutzes. Ergänzt wurden die Vorträge durch Besichtigungen in der näheren und weiteren Umgebung des Tagungsortes. Auf badischem Gebiet wurde der Bezirk Gudenfeld (bei Forstheim) besucht, wo vor etwa zwei Jahrzehnten der damalige Forstmeister und spätere Landesforstmeister Karl Philipp mit der Durchführung seines Systems der natürlichen Waldverjüngung begonnen hat, die unter schonendster Beachtung der alten Bestände zugleich einen Schutz der gelichteten Fläche gegen Sturmschaden bedeutet. Ein weiterer Vorzug dieses „Keilschirmsystems“ besteht darin, daß diese Methode auf die Dauer wesentlich weniger kostet, als die alte Form der Waldbewirtschaftung, die fast ausschließlich mit Baumfällarbeiten, unter beinahe gänzlicher Ausschaltung der natürlichen Besamung durch den Samenfall vom alten Baumbestand, Suchensfeld wurde gewählt, weil sich hier die beste Möglichkeit bot, die übrigen in Deutschland gepflegten Arten der Forstverjüngung und des Sturmschutzes mit dem noch jungen badischen System zu vergleichen.

Die Teilnehmer an der Besichtigung, darunter auch Ausländer, waren der Ansicht, daß der Keilschirmschlag den Vorzug vor anderen deutschen Waldpflegearten verdient. Der Vorschlag des Vorsitzenden des deutschen Forstvereins, Ministerialrat Dr. Wappes, München, ging dahin durch gemeinsame Richtlinien auf Grund der bei der Besichtigung gewonnenen Erfahrungen wenigstens in den süddeutschen Ländern durch gemeinsame Richtlinien eine einheitliche Waldbewirtschaftung herbeizuführen.

Neuer Rundfunksender in Freiburg

Umfangreiche Ausmessungsarbeiten von verschiedenen Punkten Südbadens aus haben als günstigsten Aufstellungsart für den neuen Rundfunksender Freiburg i. Br., der eine Leistung von etwa 5 Kilowatt erhält und im Gleichwellenbetrieb mit Frankfurt a. M., Kassel und Trier auf Welle 1157 kHz (259,3 Meter) arbeiten soll, ein Gelände bei Retzenhausen, etwa 3,3 Kilometer nordwestlich vom Rathaus in Freiburg, ergeben. Die Vorarbeiten für die Errichtung des Senders, mit dessen Fertigstellung Ende des Frühjahrs 1933 zu rechnen ist, sind bereits ausgenommen worden.

Aus der badischen Landwirtschaft

Von der Schweinezucht. Seit einiger Zeit haben sich die Mastschweinepreise und mit ihnen die Ferkelpreise wieder etwas gebessert. Die Landwirte widmen diesem Zweig ihres Betriebes als einem der wenigen, die sich noch etwas lohnen, vermehrte Aufmerksamkeit. Eine allgemeine Anregung und Belebung verpricht man sich von den Schweineausstellungen, die die Badische Landwirtschaftskammer alljährlich im Herbst veranstaltet. Wie wir hören, sollen für das engere Gebiet solche Schauen am 13. September in Offenburg, am 14. September in Bühl, am 15. September in Sinsheim (Elsenz), am 20. September in Waldshut, am 21. September in Schopfheim, am 27. September in Donaueschingen und am 28. September in Hornberg stattfinden.

Hopfenverkäufe im Kraichgau. Nachdem bis jetzt noch größtes Stillstehen über den Preis für die Hopfen herrschte, wurden in dieser Woche in Kronau (bei Bruchsal) Verkäufe getätigt in der Preislage zwischen 70 und 75 RM pro Zentner. Für die Grummen sind 25 bis 30 RM geboten worden. — In Wallendorf wurden am Dienstag die ersten Parteien Hopfen zu 75 RM verkauft. In den übrigen Hopfenbauorten, besonders im vorderen Angelbachtal, dürften erst Ende dieser Woche die Verkäufe einleiten, da man recht spät mit dem Zupfen begonnen hat. Auch mit dem Brechen des Tabaks hat man allenthalben angefangen, doch will man zuerst das Hopfenzupfen zu Ende führen, da dieses Gewächs empfindlicher ist und durch das sogenannte Nostigwerden erheblich im Wert einbüßt.

Aus der Landeshauptstadt

Der 111er-Tag in Karlsruhe

Unter recht zahlreicher Beteiligung aus verschiedenen Landesteilen wurde am Samstag und Sonntag die Wiedersehensfeier der ehemaligen Angehörigen des Reserve-Infanterie-Regiments 111 abgehalten, das im Verbands der 28. Reserve-Division zu jenen Truppenteilen gehörte, die am furchtbaren während des Weltkrieges mitgenommen wurden. Fünfundfünfzig das Reserve-Regiment 111 fast vollständig aufgerieben worden.

Die Wiedersehensfeier begann mit einem Festbankett, in dem mit Tannengrün und Fahnen reich geschmückten Halle am alten Bahnhof, wogu sich nicht nur die alten Regimentstamaten mit ihren Freunden, sondern auch Kreise aus der Einwohnergemeinschaft eingefunden hatten, die sich das Erscheinen Oskar Daubmanns nicht entgehen lassen wollten. Dieser war am Samstagmittag mit seinen Eltern auf dem Hauptbahnhof angekommen und von Hauptmann d. L., Oberregierungsrat a. D. Volz begrüßt worden. Zu Beginn des Festbanketts und in seinem Verlauf wartete eine Musikkapelle mit flott vorgezogenen vaterländischen Märschen auf. Hauptlehrer Rupp, ehemaliger Leutnant und Kompagnieführer in dem genannten Regiment, hielt in seiner Begrüßungsansprache besonders den heimgekehrten Oskar Daubmann mit seinen Eltern und gleichfalls herzlich die ehemaligen 111er willkommen und betonte, diese feiere heute dazu beitragen, all das in den letzten 16 Jahren ertragene Leid in frohem Bewusstsein zu vergehen.

Kompagnieführer Gneiser, Freiburg, hielt die offizielle Festansprache und machte darauf aufmerksam, daß das 111er Reserve-Regiment keineswegs heimatlos sei, sondern in den Augusttagen des Jahres 1914 gebildet und immer wieder ergänzt worden sei. Er gedachte in zu Herzen gehenden Worten der 85 Offiziere und rund 2900 Mann, die das Regiment im Weltkrieg verloren hat und erwähnte die vielen denkwürdigen Schlachten und Gefechte, in denen das Regiment ehrenvoll bestand. Die 111er, die als leuchtendes Beispiel dem Vaterland gebieten hätten, würden auch ferner mithelfen, den Geist der Einheit im deutschen Volke zu pflegen.

Die Willkommensgrüße der Stadt Karlsruhe überbrachte Stadtrat Lange.

Am Sonntagvormittag wurde zu Ehren der im Weltkrieg gefallenen 111er ein Gedenkgottesdienst auf dem Friedhof abgehalten, bei dem Pfarrer Geiger, ehemaliger Leutnant des Regiments, sprach. Nach dem gemeinsamen Mittagessen war ein Festzug in Aussicht genommen. Die Karlsruhe'er Kriegerebene beteiligten sich aber entgegen ihrer ursprünglichen Absicht nicht daran, weil sie mit der Anwesenheit Oskar Daubmanns beim Regimentstag nicht einverstanden waren, da dessen Angelegenheit behördlicherseits noch nicht endgültig geklärt sei.

Schweizerbesuch. Ein Verwaltungsvorstand der Schweizer Bundesbahnen brachte am Samstag gegen 500 Schweizer Gäste nach Heidelberg, die dem reizvollen Schauspiel einer Schloßbeleuchtung beimohnten, der letzten in diesem Jahre. Am Sonntag vormittag begaben sich etwa 140 Teilnehmer nach Schwetzingen zum Besuche des dortigen Schloßgartens und danach nach Karlsruhe, wo sie auf dem Bahnhofsplatz von Vertretern des Verkehrsvereins und der Schweizer Kolonie herzlich begrüßt wurden. Nach einer Rundfahrt durch die Stadt mit Einschluß von Happersweier fuhr der Sonderzug abends 6 Uhr in die Heimat zurück.

Falschmünzer. Im Stadtteil Mühlburg wurde ein Mann festgenommen, der falsche Fünfmarsstücke herausgabte. In die Angelegenheit sollen noch andere Personen verwickelt sein.

Verhinderte Kundgebungen. Der Polizeibehörde teilt mit: Anlässlich des kommunistischen Jugendtages am 4. September 1932 versuchten kleinere Trupps jugendlicher Kommunisten entgegen dem Verbot in verschiedenen Stadtteilen zu demonstrieren. In allen Fällen wurden diese Demonstrationen verhindert; in Mühlburg wurden hierbei zwei Personen festgenommen.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Für Montag, den 5. September 1932 ist nochmals eine Wiederholung der Operette „Die Fledermaus“, von Johann Strauß, vorgesehen. Die Vorstellung erhält eine besondere Note dadurch, daß Eise Blant die Partie der Adele und Emmy Seiberlich die Partie der Ida übernommen hat. Die Vorstellung beginnt um 20 Uhr.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Montagmorgen: Am Sonntagvormittag erfolgte bei uns der Einbruch polarer Luft unter vorbereiteten Regenfällen. Nachmittags war das Wetter bei abflauenden Winden wieder meist heiter. Heute Nacht sind die Temperaturen, besonders in der Ebene, stark gesunken, zum Teil kam es im Freien zu leichten Bodengefroren. Auch das gegenwärtig heitere Wetter wird seinen Bestand haben, da nordwestlich von England eine neue Zyklone anrückt. Voraussage: Zunehmende Bewölkung und später Regen. Temperaturen wenig verändert, aufsteigende Südwestwinde.

Wasserkände: Waldshut 260 minus 1, Basel 68 minus 4, Rheinfelden 124 minus 1, Kehl 262 minus 6, Maxau 415 minus 8, Mannheim 291 minus 4, Caub 192 plus 2 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Abschlußtag der Badener Rennwoche

Die 11. Affegheim, 4. Sept. Mit bestem Rennwetter und außerordentlich gutem Besuch fand die Badener Rennwoche am Sonntag ihren Abschluß. Im Mittelpunkt des Programms stand der Preis der Stadt Baden-Baden, die Badener Meile und das Ries-Gedächtnis-Jagdrennen. Die Franzosen konnten sich im ersten Damen-Preisrennen und im dritten Heidelberger Ausgleich den Sieg holen. Nachdem anfänglich im Rennen um den Preis der Stadt Baden-Baden „Tantris“ führte, wechselten im Verlaufe „Tantris“ und „Avanti“ mit der Führung ab. Das Feld blieb dicht beisammen bis im Einlauf „Liberte“ vorlieb. Aber „Tantris“ ließ sich das gewonnene Terrain nicht mehr entziehen, und die Foffnung dieses Rennens, „Ostermühl“, mußte sich mit dem zweiten Platz begnügen. Den Schluß bildete das Ries-Gedächtnis-Jagdrennen zum Gedächtnis des Herenreiters Franz Ries, der im Kriege gefallen ist. „Aquilon III.“ riß vom Start an das Feld an sich und blieb in Führung.

Die Urteile im Steinbacher Landfriedensbruchprozeß

Dr. Offenburg, 3. Sept. Nach fünfjähriger Verhandlung verurteilte die Große Strafkammer beim Landgericht Offenburg wegen Landfriedensbruchs elf Nationalsozialisten zu Gefängnisstrafen von sieben bis drei Monaten. Die Untersuchungsinstanz wurde voll angerechnet, in einem Falle erfolgte Freispruch. Sämtliche Angeklagte gehören der SA in Steinbach an. Sie drangen am 10. Juli in eine geschlossene Versammlung des Jungzentrums und der Badenwacht im Gasthaus zum „Streichen“ in Steinbach ein, wobei es zu einer großen Schlägerei kam, bei der auch geschossen wurde. Die Schlägerei nahm erst ihr Ende, als die Gendarmerie am Platze erschien. Das Gericht nahm vollendeten Landfriedensbruch an und billigte den Angeklagten aber mildernde Umstände zu.

Dr. Mannheim, 5. Sept. Aus Anlaß des internationalen Jugendtages veranstalteten die Kommunisten gestern in verschiedenen Stadtteilen sogenannte „Mißdemonstrationen“. Auf dem Lindenhof hatten sich etwa 200 Personen zu einem Zug formiert, der unter Abfragen von Kampfliedern und Ruffronten durch den Stadtteil zu marschieren versuchte. Die Polizei, die mit dem Überfallkommando eintraf, konnte jeden Versuch, zu demonstrieren, unterdrücken. Es wurden einige Personen festgenommen.

Dr. Mannheim, 4. Sept. Gestern abend lehrten die Mannheimer Amicitia-Musiker, die mit ihrem Leiter an der Olympiade in Los Angeles teilgenommen hatten, nach Mannheim zurück und wurden auf dem Bahnhof von einer großen Reihe von Sportbegeisterten empfangen.

Dr. Heidelberg, 5. Sept. Der ehemalige englische Außenminister, Sir Winston Churchill, traf am Freitagnachmittag, mit dem Auto von Koblenz kommend, in Begleitung seiner Familie in Heidelberg ein, wo er im „Europäischen Hof“ Wohnung genommen hat.

Dr. Eberbach, 5. Sept. Nach monatelanger eifriger Vorbereitung wurde am Samstag der 4. Eberbacher Kundmarkt eröffnet. Stadtverwaltung und Verkehrsverein haben in gemeinsamer Arbeit dem Markt sein besonderes Gepräge zu geben verstanden. Der Markt gibt in eindrucksvoller Weise ein Bild der eigenartigen Struktur Eberbachs und seiner Umgebung und ist zugleich Mittelpunkt des wirtschaftlichen und geselligen Lebens im mittleren Neckargebiet und südlichen Oberrhein. Nach einem Rundgang durch die Ausstellungshallen, die übrigens durch die Bodenregulierung bei dem Redarlanaubau auf einem vorzüglichen Gelände untergebracht sind, wurde der Markt dem allgemeinen Zugang freigegeben. Statt vertreten ist die Forstwirtschaft. In der sehr umfangreichen Jagdausstellung bietet das Revier des Jägervereins die schönsten Trophäen weidmännischer Kunst im südlichen Oberrhein. Eine Abteilung umfaßt lehrreiche Beispiele aus dem Natur-, Vogel- und Pflanzenreich. Daneben wird in einer Fischerei und Fischzuchtstellung ein Gemerbe gezeigt, welches in Eberbach auf Jahrhunderte alte Überlieferung zurückgeht.

Dr. Dietzheim (Amt Rastatt), 3. Sept. Wie bekannt, beabsichtigt die hiesige Gemeindeverwaltung durch eine Fortmunder Firma Erdbohrungen vornehmen zu lassen. Diese erfolgen auf Grund kürzlich angestellter Untersuchungen, die auf Vorhandensein deutlich schiefen lassen. Die Gemeinde hat inzwischen zu den Bohrungsversuchen die Genehmigung erteilt mit gewissen Vorbehalten, welche bei einer rentablen Ausnutzung auch für die Gemeinde von finanziellem Nutzen sind.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	5. September		3. September	
	Weid	Brier	Weid	Brier
Amsterdam 100 G.	169.53	169.87	169.58	169.92
Kopenhagen 100 Kr.	75.37	74.53	75.98	75.48
Italien . . . 100 L.	21.605	21.645	21.60	21.64
London . . . 1 Pf.	14.63	14.87	14.61	14.65
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.49	16.55	16.495	16.535
Schweden . . . 100 Kr.	81.41	81.57	81.49	81.65
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Stückung des Braugerstenmarktes. Die Verhandlungen über die Einlagerung von Braugerste zur Stückung des Braugerstenmarktes sind nunmehr zum Abschluß gebracht. Die Einzelheiten für die Durchführung der Aktion sind den beteiligten Landesregierungen mitgeteilt worden; unter ihnen befindet sich auch Baden.

Marktstückung für Kartoffeln. Feststellungen über die Kartoffelernte 1932 bieten — wie amtlich aus Berlin mitgeteilt wird — Anlaß zu der Annahme, daß mit einer guten Kartoffelernte zu rechnen ist. Sollen von Beginn des Kartoffelwirtschaftsjahres an ausgeglichene Marktverhältnisse herrschen und soll der Landwirt auskömmliche Preise für seine Kartoffeln erhalten, so kommt es wesentlich auch darauf an, daß die Regierung, soweit sie zu einer guten Marktentwicklung beitragen kann, ihre Absichten zur Sicherung eines geordneten Abflusses der Kartoffeln bekanntgibt. Die Verhandlungen hierüber sind im wesentlichen abgeschlossen.

Die Indexziffer der Großhandelspreise. Die vom Statistischen Reichsamt für den 31. August berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 95,2 gegenüber der Vorwoche um 0,4 b. G. gestiegen. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 89,7 (plus 0,3), Kolonialwaren 88,5 (plus 0,4), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 88,5 (plus 0,3) und industrielle Fertigwaren 115,4 (minus 0,1) b. G.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Landeskirchensteuer 1932/34. Auf Grund des Landeskirchensteuergesetzes vom 30. Juni 1922 hat die 16. Israelitische Landesynode in ihrer Sitzung vom 4. April 1932 beschloffen, daß zur Verteilung der allgemeinen kirchlichen Bedürfnisse der Israelitischen Religionsgemeinschaft Badens in den Rechnungsjahren 1932, 1933 und 1934 an allgemeiner Kirchensteuer ein Zuschlag von vorläufig 6 b. G. der maßgebenden Ursteuern erhoben wird. Dieser Beschluß ist durch Staatsministerialentschließung vom 20. August 1932 Nr. 10151 haatlich genehmigt worden. Karlsruhe, den 27. August 1932.

Der Minister des Kultus und Unterrichts:
J. A.: Dr. Thoma.

Personeller Teil

Ernennungen, Verlegungen, Zurruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt: Direktor Eugen Hauffe an der Schnitzerschule in Furtwangen i. Schw.; Studienrat Adolf Steiert an der Elisabethschule in Mannheim.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung der Gesundheit: Professor Karl Hoffmann an der Goetheschule in Karlsruhe.

Versetzt in gleicher Eigenschaft: Handarbeitsinspektorin Stephanie Neßler in St. Georgen, Amt Freiburg, an die Mädchenrealschule in Freiburg; Studienrat Willy Sehnacht an der Gewerbeschule in Bühl an die Gewerbeschule in Achern; Gewerbelehrer Josef Siebert an der Gewerbeschule in Achern an die Gewerbeschule in Bühl.

